



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 353.40/3-III 1/85

An die  
Parlamentsdirektion

W i e n

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/9622-0\*

Fernschreiber  
13/1264

Sachbearbeiter Dr. Fellner

Klappe 228 (Dw)

Betrifft: Pensionsgesetz 1965 -  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Pensionsgesetz 1965 und das  
Nebengebührengesetz geändert  
werden (8. Pensionsgesetz-Novelle;  
6. Nebengebührengesetz-Novelle)

D. : 29. MRZ. 1985

Vorlegt 2. APR. 1985

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, unter Bezug-  
nahme auf das Rundschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom  
4. März 1985, GZ 02 5200/16-VI/5/85, 25 Abschriften der Stellungnahme  
des Bundesministeriums für Justiz zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Pensionsgesetz 1965 und das Nebengebührengesetz ge-  
ändert werden, zu übermitteln.

20. März 1985

Für den Bundesminister:

WEBER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 353.40/3-III 1/85

An das  
Bundesministerium für Finanzen

W i e n

Museumstraße 7  
A-1070 Wien

Briefanschrift  
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon  
0222/9622-0\*

Fernschreiber  
13/1264

Sachbearbeiter Dr. Fellner

Klappe 228 (Dw)

Betrifft: Pensionsgesetz 1965 -  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Pensionsgesetz 1965 und das  
Nebengebührengesetz geändert  
werden (8. Pensionsgesetz-Novelle;  
6. Nebengebührengesetz-Novelle)

zu GZ 02 5200/16-VI/5/85 vom 4.3.1985

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich mitzuteilen,  
daß gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Pensionsgesetz 1965  
und das Nebengebührengesetz geändert werden (8. Pensionsgesetz-  
Novelle; 6. Nebengebührengesetz-Novelle) keine Bedenken bestehen.  
Festgehalten wird lediglich, daß das Richterdienstgesetz nach wie vor  
zwischen dauerndem und zeitlichem Ruhestand unterscheidet. Auslegungs-  
schwierigkeiten im Zusammenhang mit der beabsichtigten Änderung des § 13  
Abs. 1 Pensionsgesetz 1965 sind jedoch nicht zu erwarten.

Aufmerksam gemacht wird, daß im § 19 Abs. 1 letzter Halbsatz  
als Anspruchsvoraussetzung u.a. eine "schriftlich eingegangene Verpflichtung"  
gefordert wird. Demgegenüber wird im ASVG (§ 258 Abs. 4), das nach  
den Erläuterungen zu der in Aussicht genommenen Pensionsgesetz-Novelle als  
Vorbild herangezogen wurde, lediglich eine "vertragliche Verpflichtung"  
vorausgesetzt. Eine einheitliche Regelung dieser Frage erscheint erstrebens-  
wert. Es würde sich daher empfehlen, anlässlich der nunmehrigen Neufassung  
des § 19 Abs. 1 nicht auf die Schriftlichkeit abzustellen, da eine schrift-  
lich eingegangene Verpflichtung bei den potentiellen Anspruchsberechtigten

- 2 -

ohnehin üblicherweise vorliegt (z.B. bei der Scheidung nach § 55 a Ehegesetz, bei der es einer schriftlichen Vereinbarung bedarf), aber im Einzelfall, z.B. bei der Nichtigerklärung einer Ehe, eine schriftliche Vereinbarung nicht vorhanden sein könnte und es eine besondere Härte darstellen würde, sollten diese Personen nur deshalb keine Pension erhalten. Die im ASVG vorgesehene Voraussetzung einer "vertraglichen Verpflichtung" würde auch für das Pensionsgesetz ausreichen.

25 Abschriften dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

20. März 1985

Für den Bundesminister:

WEBER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

